

**Die Linke Sachsen**

Cottaer Straße 6c, 01159 Dresden

Landesarbeitsgemeinschaft der  
Spitzenverbände von Schulen in freier  
Trägerschaft in Sachsen (LAGSFS)

per Mail an: [catrin.liebold@dpfa.de](mailto:catrin.liebold@dpfa.de)**Die Linke Sachsen**Cottaer Str. 6c  
01159 DresdenTelefon: 0351 853 270  
[kontakt@dielinke-sachsen.de](mailto:kontakt@dielinke-sachsen.de)  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)DE75850900002719901002  
GENODEF1DRS

Dresden, 16.04.2024

**Beantwortung Ihres Wahlprüfsteines**

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Frau Liebold,

wir möchten uns bei Ihnen herzlich für die Zusendung Ihres Wahlprüfsteines für die  
Landtagswahl 2024 in Sachsen und für Ihren Anspruch, an der Gestaltung  
demokratischer Prozesse in Sachsen aktiv mitzuwirken, bedanken.

Im Folgenden erhalten Sie unsere Antworten auf Ihren Wahlprüfstein.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Schaper  
LandesvorsitzendeStefan Hartmann  
Landesvorsitzender

**Schulen in freier Trägerschaft sind laut Verfassung gleichberechtigter Teil des sächsischen Schulwesens. Ihr Engagement im Bereich der allgemeinbildenden Schulen gab und gibt viele Impulse auch für Schulen in öffentlicher Trägerschaft und wird von Eltern stark nachgefragt. Der berufsbildende Bereich wäre ohne freie Schulen in einigen Ausbildungsberufen nicht denkbar. Trotz positiver Entwicklungen der letzten Jahre sehen sich freie Schulen immer noch hinsichtlich finanzieller und rechtlicher Gleichstellung benachteiligt. Nachfolgend unsere Fragen, die auch die Entwicklung des sächsischen Schulsystems insgesamt mit im Blick haben. Sie finden unsere ausführlichen Wahlprüfsteine unter <https://lagsfs-sachsen.de/2023/12/wahlpruefsteine-landtagswahl-sachsen-2024-positionen-der-lagsfs>**

**Lehrkräftemangel betrifft alle Schulen. Bisherige Werbekampagnen des Freistaates sind einseitig auf SiÖT fokussiert. Wie wollen Sie die Verantwortung des Freistaates für die personelle Sicherung der Bildung an allen Schulen konkret umsetzen?**

Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil des sächsischen Bildungssystems, der durch verfassungsgesetzliche Vorgaben gesichert ist. Den freien Schulen dürfen in personeller, finanzieller Ausstattung sowie bei der Bezahlung von Lehrkräften keine Nachteile gegenüber den staatlichen Schulen entstehen, denn sie geben wichtige inhaltliche, konzeptionelle und methodische Impulse für das gesamte Schulwesen. Das bedeutet für uns, dass der Freistaat auch in der Verantwortung steht, die personelle Absicherung freier Schulen zu gewährleisten. Dementsprechend dürfen auch Werbekampagnen nicht einseitig auf die SiÖT ausgerichtet sein. Vorschläge, die wir mit dem Ziel eines größeren Lehrkräftenachwuchses unterbreiten, zielen auch auf Schulen in freier Trägerschaft. Wir setzen uns für eine Neustrukturierung der Lehramtsausbildung ein. Die Ausbildung sollte in die Phasen Studium, Berufseinstieg und Weiterbildung umstrukturiert werden. Das Studium wird so umgestaltet, dass die Prüfungs- und Arbeitslast für die Lehramtsstudierenden gesenkt wird. Zudem wird die starre Fächerkultur im Lehramtsstudium enden, um durch transdisziplinäre Herangehensweisen besser aufgestellt zu sein.

Fachwissenschaft und Fachdidaktik sollen im Studium aufeinander aufbauen - denn Didaktik ist in der Wissensvermittlung keine Nebensache. Lehrkräfte werden außerdem nach Schulstufen statt nach Schularten ausgebildet, damit sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind.

Junge Menschen, die heute Lehrkraft werden wollen, brauchen Flexibilität und Chancen für ihre persönliche Entwicklung. Um das Lehramtsstudium insgesamt stärker an der Praxis auszurichten, müssen Praxisphasen frühzeitig ins Lehramtsstudium integriert werden. So kann erworbenes Wissen direkt angewandt, erprobt und evaluiert werden. Lehramtsstudierende sollen in den Praxisphasen in ländlichen Raum stärker finanziell unterstützt werden (z.B.: Bereitstellung von Wohnraum und Erstattung von Fahrtkosten). Durch die Schaffung von Außenstellen der Lehrkräftebildung in Ost- und Westsachsen werden die Betreuung während der Praxisphasen sowie vereinzelte Seminare in Wohnortnähe abgesichert. Auf diese Weise können wir Lehrkräfte besser für die Regionen in Sachsen gewinnen, in denen der Lehrkräftemangel am gravierendsten ist. Die Berufseinstiegsphase muss so ausgestaltet sein, dass für alle jungen Lehrpersonen eine gute Betreuung gewährleistet wird und es die Möglichkeit gibt, phasenweise in das Berufsleben einzusteigen. Demzufolge wächst auch das Stundendeputat sowie das Gehalt linear an. Ausländische Abschlüsse müssen wesentlich schneller anerkannt werden.

**Freie Schulen können den Wettbewerbsvorteil der Verbeamtung zur Lehrkräftegewinnung nicht nutzen. Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, die Abordnung/Beurlaubung von verbeamteten Lehrkräften an freie Schulen auf Wunsch der Lehrkräfte längerfristig möglich zu machen. Anpassung § 19 SächsFrTrSchulG?**

Die Linksfraktion hat die Verbeamtung von Lehrkräften in Sachsen für falsch gehalten, weil es nicht nur eine Ungerechtigkeit innerhalb des Lehrerzimmers in den staatlichen Schulen schafft, sondern auch zwischen staatlichen und freien Schulen. Jede Lehrkraft sollte die Möglichkeit haben, ihren Arbeitsort frei wählen zu können. Aufgrund des akuten Lehrkräftemangels ist das aktuell nicht immer möglich. Schulen in freier Trägerschaft können die Verbeamtung nur durch ein besseres Arbeitsumfeld ausgleichen (freie Arbeitsweise, kleinere Klassen, ...). Eine Abordnung an freie Schulen wird maximal im Einzelfall und für eine kurze Zeit möglich sein, dafür müssten Beamtenrechtliche Regelungen getroffen werden.

**Der Faktor 0,9 bei der Berechnung der Personalkosten in § 14 SächsFrTrSchulG benachteiligt SifT, da sie im Wettbewerb um Lehrkräfte kaum untertariflich vergütet können. Siehe auch das Gutachten der Staatsregierung für den Bericht nach § 14 (6) FrTrSchulG. Wie positionieren Sie sich dazu?**

Die Linke setzt sich für eine Erhöhung der Tarifbindung in allen Branchen in Sachsen ein, denn hier ist der Freistaat eines der Schlusslichter in der Bundesrepublik. Eine untertarifliche Vergütung an den Schulen in freier Trägerschaft halten wir für falsch. Hier muss es intensive Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und dem Verband der Schulen in freier Trägerschaft geben, um dies sicherzustellen.

**Das Versprechen der Sicherstellung der Schulsozialarbeit an allen Oberschulen wurde hinsichtlich freier Oberschulen gebrochen. Wie wollen Sie diese Ungleichheit aufheben und überhaupt die Schulsozialarbeit (für alle Schularten, auch im berufsbildenden Bereich) weiter ausbauen?**

Schulsozialarbeit muss es verpflichtend an allen Schulen geben, den Grund- und Oberschulen, den Gymnasien sowie den Gemeinschafts- und Förderschulen und auch an Berufsschulen. Wir streben an, für jede Schule mindestens eine Fachkraft für Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Für sie muss der Verwaltungsaufwand verringert werden. Die Sachkostenpauschale zur finanziellen Absicherung strukturqualitativer Prozesse (z.B. Fachberatung, Teamleitung) soll erhöht werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, den schulpsychologischen Dienst und das Anti-Mobbing-Programm auszubauen. Diese Position gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.

**Der Freistaat hat „Schulgeldfreiheit“ in einigen Ausbildungsberufen eingeführt, jedoch ungleich und willkürlich. Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer transparenten und dynamischen Schulgeldfreiheit für alle beruflichen Ausbildungsgänge?**

Die Linke fordert grundsätzliche Schulgeldfreiheit für alle Ausbildungsgänge.

**Bisher muss jeder berufliche Ausbildungsgang wie eine Schulneugründung neu genehmigt werden. Dies ist mit einer Schulfremdenprüfung zum Nachteil der SuS und mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Wie stehen Sie zu einer Neuregelung des Genehmigungsverfahrens in § 4 Abs. 2 Nr. 3 FrTrSchulG?**

Neue Ausbildungszweige an Berufsschulen sind aus Sicht der Linken keine Schulneugründung und müssen deswegen auch nicht so behandelt werden. Eine Vereinfachung ist zwingend notwendig und sollte mit den Handwerksammern und der Industrie- und Handelskammern abgestimmt werden.

**Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um künftig Verwaltungsabläufe, Datenerfassung/-übermittlung und die Kommunikation mit freien Schulträgern und deren Schulen digital und effektiv zu gestalten?**

Die digitale Infrastruktur in Sachsen muss ausgebaut werden. Dazu gehören auch Verwaltungsabläufe, Datenerfassung und -übermittlung. Wir stehen zur Nutzung offener Standards, von Open Data, Open Access, zur Einhaltung von Nutzerrechten und dem Schutz von Nutzerdaten und wollen sie fördern. Technologien müssen anwenderfreundlich, leicht zugänglich und sicher gestaltet sein. Staatliche und private Institutionen müssen dabei Vorbilder sein. Nutzerinnen und Nutzer bzw. Verbraucherinnen und Verbraucher sind nur begrenzt für den persönlichen digitalen Schutz verantwortlich.

**Die pädagogische Freiheit freier Schulen findet ihre Grenzen am unzeitgemäßen Bildungsauftrag. Mit „Bildungsland Sachsen 2030“ liegen entsprechende Vorschläge auf dem Tisch. Wie wollen Sie den Bildungsauftrag und die Schulen an die gesellschaftlichen Herausforderungen (digitale Revolution) anpassen?**

Wir müssen den sächsischen Bildungsbegriff überdenken. Seit Jahren fordert unsere Fraktion im Sächsischen Landtag eine Schulpolitik, die von den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler ausgeht. Das „Bildungsland Sachsen 2030“ und die damit vorliegenden Handlungsempfehlungen greifen viele Forderungen der Linken auf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese nicht in der Schublade verschwinden, sondern zügig umgesetzt werden.

Wir wollen ein zusätzliches Fach „Medienkunde“ einführen. Nur Menschen, die mit Medien kompetent umgehen können, tragen zur Entwicklung einer funktionierenden Demokratie bei. Daher ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für Medienkompetenz zu sorgen. Medien bestimmen unseren Alltag, besonders die neuen digitalen und sozialen Medien haben an Bedeutung gewonnen. Eine mündige und verantwortungsvolle Mediennutzung setzt eine stetig wachsende Medienkompetenz voraus, deren Grundlagen bereits im Schulunterricht geschaffen werden sollten. Ziel muss es sein, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und auch Eltern bei der Nutzung digitaler Medien zu unterstützen. Das erfordert medienpädagogisches Fachpersonal an den Schulen, das beratend tätig wird, wenn sich Fragen auftauchen – etwa zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Lehr- und Lernalltag. Wir werden eine Offensive auf dem Gebiet der Medienbildung in Sachsen starten. Sie soll sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Eltern und Lehrkräfte richten. Die Vorstellung, man könnte junge Leute vor schädlichen Einflüssen abschirmen, ist illusorisch. Stattdessen setzen wir darauf, ihnen einen selbstbewussten und kompetenten Umgang mit allen Medien beizubringen. Medienkompetenz umfasst dabei für uns folgende Punkte: Menschen müssen in die Lage versetzt werden, kritisch zu konsumieren, Medien zielgerichtet einzusetzen, mit ihnen zu interagieren und sie

weiterzuentwickeln. Sie müssen wissen, wie Medieninhalte rechtssicher geschaffen werden können und welche Rolle Algorithmen bei ihrer Zusammenstellung spielen. Sie sollten sensibel dafür werden, wie sie mit ihren personenbezogenen Daten im Netz umgehen. Sie sollten lernen, sich in der Welt elektronischer Medien zu orientieren und wissen, welche Chancen für Information und Teilhabe, aber auch welche Gefahren sich ergeben. Nur so können sie selbstbestimmt in einer digitalisierten Gesellschaft agieren. Nur so kann auch der Jugendmedienschutz sichergestellt werden. Medienpädagogische Angebote müssen flächendeckend und ausreichend finanziert für alle Altersgruppen in Sachsen zur Verfügung stehen.

**Assistenzkräfte werden im Rahmen multiprofessioneller Teams künftig eine größere Rolle an Schulen spielen. Welche Pläne hat Ihre Partei, um diese Kräfte unbürokratisch und ausreichend an Schulen zu verankern und dabei freien Trägern zu ermöglichen, diese Assistenzkräfte auch selbst anzustellen?**

Wir wollen mit einem Schulbudget den Schulen mehr Flexibilität einräumen, um selbstständig den besonderen Bedarf abzudecken und auch kurzfristig auf Herausforderungen im Schulalltag reagieren zu können. Dazu gehört auch die Einstellung von Assistenzkräften. Je nach Bedarf sollen Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft selbstständig Personal je nach Bedarf einstellen können, beispielsweise für die Unterstützung der Lehrkräfte im IT-Bereich, bei der Inklusion sowie bei sozialpädagogischen oder psychologischen Herausforderungen.

**Welche Pläne hat Ihre Partei, um allen Schulen den sicheren und kostenfreien Zugang zu digitalen Lernangeboten, am besten über eine adaptive KI-gestützte Lernplattform zu ermöglichen, ohne dabei Verantwortungs- und Freiräume einzuschränken?**

Die Linke wird die Voraussetzungen für den sicheren und kostenfreien Zugang zu digitalen Lernangeboten an allen Schulen schaffen, in dem erst einmal alle Schulen einen Glasfaseranschluss bekommen. Auch bei digitalen Lernplattformen wollen wir die Nutzung offener Standards, Open Data, Open Access, der Einhaltung von Nutzerrechten und dem Schutz von Nutzerdaten fördern. Im Zusammenhang mit der Einführung des Schulfachs „Medienkunde“ sollen Schülerinnen und Schüler den sensiblen Umgang mit KI-gestützten Lernplattformen ebenso erlernen wie den verantwortungsvollen Umgang damit, so dass Freiräume entstehen können und nicht eingeschränkt werden müssen.